



STADT VELBERT

Verabschiedung der 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 und der Fortschreibung des Haushaltssicherungsplanes

Reden der Vorsitzenden
der im Rat der Stadt Velbert
vertretenen Fraktionen
in der Sitzung des Rates
am 23. April 2013

Inhaltsverzeichnis:

	<u>Seite</u>
Manfred Bolz, Vorsitzender der CDU-Fraktion	3
Gerno Böll-Schlereth, Vorsitzenden der SPD-Fraktion	6
Dr. Esther Kanschat, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	11
August Friedrich Tonscheid, Vorsitzender der Fraktion Velbert anders	14
Julius von Felbert, Vorsitzender der FDP-Fraktion	19
Harry Gohr, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE	20
Gerda Klingenuß, Vorsitzende der UVB-Fraktion	23
Helmut Stiegelmeier, Vorsitzender der SLB-Fraktion	25
Dieter Stoschek, fraktionslos	29

Hinweis für alle Reden:

1. Es gilt das gesprochene Wort.
2. Für den Inhalt sind die Fraktionen verantwortlich.

Impressum:

Stadt Velbert
Büro des Bürgermeisters
Pressestelle
Thomasstraße 1
42551 Velbert

Telefon: 02051/262207

Telefax: 02058/262198

E-Mail: hans-joachim.blissenbach@velbert.de

Internet: www.velbert.de

Manfred Bolz, Vorsitzender der CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Pressevertreter.

Es ist gute Tradition, in Haushaltsreden der Verwaltung für die geleistete Arbeit zu danken. Meist geschieht das am Ende der Ausführungen. Ich möchte diese Würdigung jedoch an den Anfang stellen. Unser Dank gilt insbesondere den Mitarbeitern der Kämmerei, allen voran dem Stadtkämmerer Sven Lindemann und dem Leiter des Fachbereichs Finanzwesen, Herrn Dirk Lukrafka. Das uns vorliegende Zahlenwerk, dessen Anlass sicherlich nicht erfreulich ist, begegnet den Mindereinnahmen von 6,1 Mio. € mit einem konstruktiven Mix aus Sparvorschlägen, Einnahmeverbesserungen, Strukturverbesserungen und einer Optimierung des Gebäudemanagements. Letzteres habe ich bewusst so genannt, denn das Unwort „Zentralisierung“ hat eine große Verunsicherung in der Bevölkerung ausgelöst. Aber dazu später mehr.

Danken möchte ich zu Beginn aber auch den Fraktionen, die heute diesen Nachtragshaushalt und die damit verbundene Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes mittragen. Damit gelingt es uns als stärkste Fraktion auch dieses Mal, unsere Haushaltsverantwortung in die Tat umzusetzen. Eine Verantwortung, der wir seit 1989 ununterbrochen Rechnung tragen. Diese Verantwortung haben wir stets aus Überzeugung übernommen, auch wenn damit in der Vergangenheit wie auch heute zahlreiche unpopuläre Entscheidungen verbunden waren bzw. sind. Mit der Politik der sogenannten wechselnden Mehrheiten beweisen wir auch heute, dass wir bei jeder Entscheidung im Rat immer das Beste für unsere Heimatstadt suchen und in der Entscheidungsfindung kompromissbereit sind.

Von dem Verzicht auf Kürzungen in den Bereichen Kinder, Jugend, Bildung und Soziales mussten wir uns nicht überzeugen lassen. Im Gegenteil: hier findet eine unserer zentralen Haushaltsprämissen Zustimmung. Das begrüßen wir sehr.

Das vorhandene hohe Niveau in diesen Bereichen, für das wir uns in der Vergangenheit bewusst entschieden haben, zu halten, ist vor dem Hintergrund der nicht erreichten Planzahlen sicherlich keine leichte Aufgabe. Wir sind optimistisch, dass wir durch die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen dieses Ziel erreichen und gleichzeitig den Anforderungen, die an eine „Stärkungspaktkommune“ gestellt werden, gerecht werden.

Das kommt einer Zwangsdiet für einen ohnehin schon Untergewichtigen gleich.

Vorab möchte ich erläutern, warum wir einer Erhöhung der Gewerbesteuer eine klare Absage erteilen und damit die entsprechenden Anträge anderer Fraktionen ablehnen. Die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den lokalen Betrieben leisten eine ausgezeichnete Arbeit. Es muss unsere wesentliche Aufgabe sein, diese gute Arbeit nach vollen Kräften zu unterstützen. Die Gewerbesteuer ist dabei eine wichtige Stellschraube. Investitionen in Velbert müssen sich lohnen. Die ortsansässigen Betriebe können sich heute und auch in Zukunft auf die CDU-Fraktion verlassen. Darüber hinaus die Gewerbesteuer eine nicht-kalkulierbare Einnahmequelle. Das hat die Vergangenheit mehrfach bewiesen, den Planung und Realität klafften oft weit auseinander. Eine solide Haushaltswirtschaft braucht jedoch verlässliche Einnahmen.

Auch müssen wir die Entwicklungen in den umliegenden Kommunen im Auge behalten. Hier gibt es Städte, die genau gegenteilig verfahren, was sicherlich den Besonderen Bedingungen vor Ort geschuldet ist. Wir dürfen uns nicht selbst in Abseits stellen und riskieren, dass Betriebe abwandern oder Neue erst gar nicht nach Velbert kommen.

Vor allem aber können wir in wirtschaftlich schweren Zeiten nicht einseitig Diejenigen demotivieren, die uns den Weg aus der Krise ebnen sollen.

Denn wenn wir die Erhöhung der Grundsteuer heute verabschieden, würden wir die Gewerbetreibenden gleich doppelt „belasten“, denn alle Unternehmen in Velbert verfügen über eigene Grundstücke bzw. angemietete Gewerbeflächen.

Einer Erhöhung der Grundsteuer B in dem vorgeschlagenen Umfang zuzustimmen, hat in unseren Reihen zu hitzigen Diskussionen geführt. Doch im Interesse eines genehmigungsfähigen Haushaltssanierungsplanes ist diese Maßnahme alternativlos. Grundsätzlich sind Steuererhöhungen für uns immer nur die letzte Alternative. Doch bei der Grundsteuer muss man bedenken, dass sie eine Maßnahme ist, die alle ausnahmslos trifft, private Eigentümer, Gewerbetreibende und Mieter gleichermaßen.

Große Chancen für eine weitere Verbesserung der Einnahmeseite sehen wir in einem noch mit Leben zu füllenden Konzept zur Optimierung des Gebäudemanagements von VHS, Stadtbücherei und Musikschule. Ich verzichte hier ganz bewusst auf den von der Verwaltung ins Spiel gebrachten Begriff „Zentralisierung“. In der Bevölkerung ist daraus – was uns bei dieser Begriffswahl nicht verwundert - die Angst gewachsen, dass das Motto „Kurze Beine, kurze Wege“ in Gefahr ist. Für die CDU-Fraktion sage ich mit aller Deutlichkeit: Für uns muss auch in Zukunft sichergestellt werden, dass Bücher in allen Ortsteilen ausgeliehen werden können und der Kunst- bzw. Musikunterricht dezentral in allen Stadtbezirken stattfindet. Dass kann und darf uns nicht davon abhalten, die derzeit sechs durch die Musik- und Kunstschule genutzten Gebäude, die teilweise in einem erbärmlichen Zustand sind, unter die Lupe zu nehmen. Hier erwarten wir von der Verwaltung ein Konzept, das „wegepraktikabel“ ist, was ausschließt, dass am Ende nur noch ein Standort dabei rauskommt.

Allerdings möchte ich auch an die Betroffenen Eltern appellieren: Wir bekennen uns dazu, dass wir in Velbert - gemessen an den Pro-Kopf-Kosten – eine sehr teure Musikschule vorhalten. In erster Linie ist das den Ausgaben, die wir für das Personal ausgeben, geschuldet. Wir arbeiten mit Festangestellten statt mit Honorarkräften und leisten uns JEKI in Eigenverantwortung. Das haben wir so gewollt und daran werden wir auch festhalten. Damit wir das jedoch schaffen, muss es erlaubt sein das Gebäudemanagement unter Wahrung der dezentralen Erreichbarkeit zu optimieren. Hier hoffen wir auf die konstruktive Mitwirkung der Betroffenen.

Was die Raumoptimierung der VHS angeht, wollen wir auch dem langjährigen Wunsch der Einrichtung selbst nachkommen. Weniger, aber dafür bessere Standorte – optimierte Angebote, effektivere Arbeit. Sicherlich kann man hier bei den erwachsenen Kursteilnehmern großzügigere Maßstäbe bei den zumutbaren Wegen ansetzen, als bei Kindern.

Wir sind gespannt, was die Verwaltung uns vorlegen wird. Neben den oben genannten Aspekten ist uns wichtig, dass sich alle Stadtbezirke in dem Konzept wiederfinden.

Zum Abschluss möchte ich auf die Debatte um die Verkleinerung des Rates eingehen.

Vor diesem Hintergrund muss wieder deutlich werden, dass die Ratsfraktionen die demokratisch legitimierten Entscheidungsträger sind, die die Verwaltung kontrollieren und für das Geschehen in der Stadt verantwortlich sind.

Wenn ich heute sagen: „Guter Rat ist teuer“ sage ich das ganz selbstbewusst. Denn ein schlechter Rat kostet – auch wenn das nicht messbar ist, ein Vielfaches. Erfolgreiche Kommunalpolitik steht und fällt mit der Qualität des politischen Personals in den Fraktionen.

Da wir Volksvertreter ehrenamtlich unterwegs sind, ist der Zeitmangel aufgrund beruflicher Verpflichtungen sicherlich unser größtes Handicap. Daher brauchen wir jede „Schulter“. Denn Kommunalpolitik kann nur so gut sein wie die Menschen, die sie machen.

Meiner Fraktion war bei ihrer Entscheidung klar, dass wir in den früheren HSK Maßnahmenkatalog den von der Verwaltung berechneten Einsparungsbetrag für die Verkleinerung des Rates mit beschlossen haben. Diesen Haushaltsansatz müssen wir noch mit einem entsprechenden Maßnahmenkatalog, der möglichst die Ausgabenseite für den Rat betreffen sollte, definieren.

Dies kann aber nicht erfolgen, in dem erneut ein pauschaler Ansatz wie im HSK 2010/11, wo mit einer Kürzung von 10% bei der Fraktionspauschale sich die Fraktionen bereits am HSK beteiligen, angesetzt wird.

Bei etwas guten Willen aller Fraktionen bin ich davon überzeugt, dass wir gemeinsam den Haushaltsansatz erreichen können. Neben einer Berücksichtigung der gesamten Fraktionsfinanzierung und einer sinnvollen Verringerung der Ausschüsse gibt es sicherlich weitere Ansätze.

Meine Fraktion ist bereit Ihren Beitrag zu leisten.

In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit.

Gerno Böll-Schlereth, Vorsitzender der SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir alle leben in Velbert und wir leben gerne in unserer Stadt. Es ist an uns, unsere Stadt zukunftsfest zu machen und Verantwortung für unsere Stadt zu tragen. Dafür müssen wir hier und heute als Velberterinnen und Velberter die richtigen Entscheidungen treffen und die Weichen stellen.

Meine Damen und Herren, Konsolidieren ist kein Selbstzweck. Wir sparen nicht um des Sparens willen, sondern wir konsolidieren, um auch zukünftig in Velbert handlungsfähig zu bleiben. Das machen wir im Interesse der Menschen, die heute und morgen in unserer Stadt leben. Und handlungsfähig müssen wir bleiben, damit Velbert auch morgen noch eine Stadt ist, in der die Menschen gerne leben.

Insgesamt sind wir in Velbert auf richtigem Kurs. Wir sind auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt in 2016. Und die SPD Velbert bekennt sich zu dem Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Dies ist das Gebot einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Haushaltspolitik gegenüber unseren Kindern und Enkeln. Als dreifacher Vater liegt mir dies besonders am Herzen.

Zudem sind wir als teilnehmende Kommune am Stärkungspakt Stadtfinanzen verpflichtet, einen genehmigungsfähigen Haushalt hinzubekommen. Und dafür bekommen wir als Stadt auch knapp 18 Millionen Euro Konsolidierungshilfe vom Land Nordrhein-Westfalen. Also ist das alles in allem eine Anstrengung, die sich lohnt.

Meine Damen und Herren, eine verantwortungsvolle Haushaltskonsolidierung kann aus Sicht der SPD jedoch nur aus dem Dreiklang „Sparen, Investitionen und Einnahmeverbesserungen“ bestehen. Dieser Dreiklang wurde von Bürgermeister, Herrn Stefan Freitag, und dem Kämmerer, Herrn Sven Lindemann, mit der Einbringung des Nachtragshaushalts bedacht.

Mit dem Haushalt wird die Linie gefahren, dass mit Augenmaß gespart wird. Ein weiteres Kürzen mit dem Rasenmäher quer durch alle Bereiche der Stadt wäre mit den Stimmen der SPD nicht zu machen gewesen. Bei der Verteilung von Haushaltsmitteln werden klare Prioritäten gesetzt, weil wir die immer knapper werdenden Mittel auf die wichtigsten Zukunftsinvestitionen konzentrieren. Auf Zukunftsinvestitionen in die Förderung von Kindern, in die frühkindliche und die schulische Bildung.

Es ist daher richtig und wichtig, dass von weiteren Kürzungen im Jugend-, Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich abgesehen wird. Wir begrüßen auch, dass nahezu alle geplanten Investitionen und Sanierungen durchgeführt werden. Einsparungen in diesen Bereichen ziehen langfristig nur noch höhere Aufwendungen nach sich. Das haben Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bereits in ihrer Rede zum Nachtragshaushalt deutlich gemacht.

Wir begrüßen zudem, dass unsere weiteren zentralen Forderungen, welche man schon vor Einbringung des Haushalts der Presse entnehmen konnte, im Nachtragshaushalt berücksichtigt worden sind. Diese lauteten: keine betriebsbedingten Kündigungen, keine weitere Erhöhung der Nutzungsentgelte für Sportstätten und Kindergartengebühren.

Maßnahmen im Nachtragshaushalt

Meine Damen und Herren, Steuererhöhungen sind schmerzhaft und werden von keiner Fraktion gerne beschlossen. Sie sind aber unvermeidlich, wenn Ausgaben nicht weiter entscheidend gekürzt werden können. Und ich bin mir sicher, dass weitere Einschnitte den sozialen

Frieden in unserer Stadt empfindlich stören, die ehrenamtliche Arbeit gefährden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt aufs Spiel setzen würden.

Im Bewusstsein, dass die Notwendigkeit einer Haushaltskonsolidierung unabweisbar ist, stimmt die SPD-Fraktion der Erhöhung der Grundsteuer B zu. Und ich möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich betonen: Für die SPD ist eine Gewerbesteuererhöhung kein Tabu. Bei anderen Mehrheitsverhältnissen im Rat hätte es eine moderate Erhöhung der Gewerbesteuer mit den Stimmen der SPD schon jetzt gegeben.

Den Linken möchte ich mit auf den Weg geben, dass auch Unternehmen die Grundsteuer B entrichten. Durch die Erhöhung beteiligen sich also auch die Unternehmen zusätzlich an der Finanzierung des Gemeinwesens. Manchmal habe ich den Eindruck, dass das bei dem ein oder anderen nicht angekommen ist.

Die Anhebung der Vergnügungssteuer wird von der SPD-Fraktion begrüßt, da sie neben dem neuen Glücksspielstaatsvertrag auch dazu beitragen kann, die Ansiedlung neuer Spielhallen in Velbert zu verhindern. Das dies im Sinne der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ist, konnte man auch jüngst noch an den Diskussionen rund um die Einrichtung einer neuen Spielhalle in Nierenhof sehen.

Von denen, die uns vorwerfen, die Steuern zu erhöhen, habe ich nicht einen tragfähigen Vorschlag zur Haushaltskonsolidierung gehört – nicht einen Vorschlag, wo in diesem Haushalt tatsächlich zusätzlich eingespart werden sollte. Ich denke da insbesondere an Velbert anders. Sehr geehrter Herr Tonscheid, Sie sind im Rahmen der Haushaltberatungen als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet.

Und wer die Fraktion der SPD und andere Fraktionen als „Berlusconi-Fraktionen“ auf der Internetseite seiner Partei bezeichnet, der läuft Gefahr, irgendwann einmal als Polit-Clown bezeichnet zu werden. Sehr geehrter Herr Tonscheid, so werde ich Sie nicht bezeichnen. Gleichwohl sage ich Ihnen aber, dass unsere Politik nicht ins Chaos führt, sondern Velbert fit für die Zukunft macht.

Das Konzept zur sogenannten Zentralisierung von Einrichtungen wird noch mit Leben zu füllen sein. Die SPD wird hierbei darauf achten, dass die Bürgerfreundlichkeit im Mittelpunkt der Bestrebungen steht und die beste und sinnvollste Lösung für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt gefunden wird.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich wegen der immer wieder aufkommenden Diskussionen noch einmal darauf hinweisen: Ausleihungen von Büchern werden auch in Zukunft weiterhin in allen Stadtteilen möglich sein. So steht es auch im Nachtragshaushalt. Und es werden auch keine kleinen Kinder mit Cellos auf dem Schoß in Bussen durch die Stadt geschickt werden müssen, damit diese die Musikschule besuchen können. Dezentrale Angebote wird es weiterhin geben.

Folgerichtig und konsequent ist es aus Sicht der SPD, dass der Neubau des Schloss- und Beschlägemuseums verschoben wird, damit dieser mit der „Zentralisierung“ der anderen Einrichtungen harmonisiert werden kann. Alles andere würde keinen Sinn machen.

Die ganze Diskussion wäre mit Sicherheit entspannter verlaufen, wenn man von Anfang an auf den Begriff der Zentralisierung verzichtet hätte. Denn letztendlich handelt es sich um eine gebäudewirtschaftliche Optimierung. Und so hätte man das auch bezeichnen müssen. Und dass eine gebäudewirtschaftliche Optimierung notwendig ist, ist in diesem Hause unbestritten. Deshalb ist es richtig, dass wir diese jetzt mit Augenmaß vorantreiben. Veränderung ist hier notwendig.

Meine Damen und Herren, mit den weiteren Personalkosteneinsparungen ist das Ende der Fahnenstange erreicht, da ist sich die SPD sicher. In diesem Bereich ist – mit einem Bildvergleich von unserer Ministerpräsidentin Hannelore Kraft gesprochen – „die Zitrone nun ausgepresst“. Hier wird in Zukunft nicht mehr viel zu holen sein. Es sei denn, man fährt massiv städtische Angebote zurück. Aber das wird mit den Stimmen der SPD nicht passieren.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

zum Trotz aller finanziellen Probleme ist Velbert eine lebens- und liebenswerte Stadt, in der kräftig investiert wird. Und damit sich die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Stadt wohlfühlen können, muss für bezahlbare Wohnungen und Arbeitsplätze gesorgt sein. Es müssen gute Bildungseinrichtungen, ein facettenreiches Freizeit- und Kulturangebot und Einkaufsmöglichkeiten vorgehalten werden.

Es ist Aufgabe der Politik, sich darum zu kümmern, hierfür ideale Rahmenbedingung zu schaffen. Wir haben in den zurückliegenden Jahren gemeinsam die Grundlage dafür geschaffen, dass Velbert für seine Bürgerinnen und Bürger noch attraktiver und die Lebensqualität gesteigert wird. Viele Angebote werden sich in Zukunft verbessern. Vieles muss aber auch noch angepackt werden.

Lassen sie mich auf Grund der vereinbarten Redezeit nur beispielhaft einige Punkte aufführen, die das belegen sollen. Ich beschränke mich hierbei auf die Punkte, die aktuell öffentlich diskutiert werden.

Aktuelle Projekte und Maßnahmen zur Steigerung der Lebensqualität in Velbert

Innenstadtentwicklung und ÖPNV

Im Herzen des Stadtzentrums wird ein Shopping-Center entstehen. Hierdurch wird Kaufkraft wieder an Velbert gebunden und weitere Kaufkraft angezogen. Der Abwanderung von Kaufkraft in die umliegenden Städte wird so entgegengewirkt. Und das ist auch gut so.

Parallel hierzu wird ein zentraler Busbahnhof in Velbert-Mitte errichtet. Damit wird es in der Innenstadt endlich einen zentralen Verknüpfungspunkt für den ÖPNV geben. Der ZOB wird dazu beitragen, dass Velbert die Stadt der kurzen Wege wird. Auch ökologisch und finanziell wird sich der ZOB rentieren. Angepackt werden müssen aber auf jeden Fall die Linienführung und die Taktung im ÖPNV.

Meine Damen und Herren, hier muss das Angebot besser werden. Nur so kann Velbert auch wirklich zu einer Stadt zusammenwachsen. So müssen zum Beispiel die Schulen der Bleibergquelle besser angebunden beziehungsweise öfter angefahren werden. Und auch die Verbindung zwischen Langenberg und Velbert-Mitte ist nicht optimal.

Mit der Umgestaltung des Platzes Am Offers wird dieser aufgewertet und zu einem Anziehungspunkt in der Innenstadt mit einer hohen Aufenthaltsqualität, welcher der historischen Bedeutung angemessen ist. Die SPD ist sich sicher, der Platz Am Offers wird ein Platz, der lebendig ist und vielfältige Nutzungsmöglichkeiten bietet.

Bürgerhaus Langenberg und Schloss Hardenberg

Das Bürgerhaus in Langenberg ist auf einem guten Weg und am Schloss Hardenberg werden mit dem bereitstehenden Geld die Kasematten hergerichtet und für Besucher zugänglich gemacht. Damit wird Neviges neben dem Dom eine weitere bundesweit herzeigbare Attraktion haben. Und das Bürgerhaus wird wieder zur Bereicherung des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens in unserer Stadt beitragen.

Es wird, frei nach dem Soziologen Max Weber, eine Aufgabe von Politik und Verwaltung sein, in den kommenden Jahren weiter mit Leidenschaft dicke Bretter für das Schloss Hardenberg zu durchbohren. Wir müssen um Fördermittel für das Herrenhaus werben und gemeinsam mit dem Förderverein für das Kulturensemble Schloss Hardenberg die Sanierung vorantreiben.

Wohnen und Arbeit

Meine Damen und Herren, jeder, der an der Industriebrache an der Sambeck in Langenberg vorbeifährt, erkennt, hier passiert was, hier geht es voran. Und das Gelände der stillgelegten Gießerei Woeste wird mit einem Wohngebiet und einem Verbrauchermarkt neu belebt. Das sind gute Beispiele dafür, dass in Velbert Lebensräume neu erschlossen werden und Branchen im Stadtbild verschwinden.

Und im Gegensatz zu einem Heiligenhauser Bundestagsabgeordneten bin ich davon überzeugt, dass der Lückenschluss der A 44 kommen wird. Die A 44 wird die bestehenden Unternehmen stärken und die Anwerbung neuer Unternehmen erleichtern.

Aber auch hier müssen wir die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Velbert als Wirtschafts- und Wohnstandort dann auch wirklich davon profitiert. Hierfür benötigen wir nicht nur geeignete Gewerbeflächen, um Unternehmen und somit Arbeitsplätze anzusiedeln.

Es muss auch regional besser vermarktet werden, dass Velbert ein idealer Wohnstandort ist, auch wenn man seinen Arbeitsplatz in Düsseldorf, Wuppertal, Essen oder Solingen hat. Kaum einer weiß es. Aber aus Langenberg und Neviges ist man ziemlich schnell mit der Bahn in Düsseldorf. Meine Damen und Herren, bei der ganzen Diskussion um die A 44 vergessen wir viel zu oft, dass Velbert auch schon jetzt einen Anschluss an die Rheinschiene hat. Damit sollten wir verstärkt werben, auch um dem Einwohnerrückgang entgegenzuwirken.

Schule

Beschäftigen werden wir uns in der nächsten Zeit ebenfalls mit der Schullandschaft in Velbert. Velbert braucht eine Sekundarschule in Neviges. Hierfür müssen wir in den kommenden Monaten die Rahmenbedingungen schaffen. Und das Thema Inklusion wird uns nicht nur im schulischen Bereich begegnen. Inklusion in allen gesellschaftlichen Bereichen muss das Ziel sein.

Freizeit

Der Hallenkomplex des Sportzentrums ist nun in Betrieb und die Bauarbeiten gehen weiter. 2014 soll die neue Leichtathletikanlage fertig sein. Die Anlage wird die Freizeitqualität für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt erhöhen und zu einem guten Sportangebot in unserer Stadt beitragen.

Und demnächst diskutieren wir in den Ausschüssen und im Rat, wie es mit den Sportstätten in Langenberg und Birth weiter gehen soll. Vor dem Hintergrund, dass die finanziellen Mittel in Velbert überaus knapp sind, sollte – und das sage ich mit Blick auf Langenberg – allen Beteiligten klar sein, dass es in diesem Zusammenhang keine Denkverbote geben darf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schon bald werden wir den nächsten Haushalt in diesem Hause beraten. Und ich hoffe, unsere finanziellen Probleme werden dann nicht größer, sondern kleiner sein. Und seit Goethe wissen wir: „Wir hoffen immer, und in allen Dingen ist besser hoffen als verzweifeln“.

Sehr geehrter Herr Lindemann,

abschließend möchte ich mich bei Ihnen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei für die Ausarbeitung des Nachtragshaushalts bedanken.

Meine Damen und Herren, mit der Verabschiedung des Haushalts sichern wir die Zukunfts- und die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Stadt. Dieser Haushalt ist ein Meilenstein auf dem Weg, 2016 die schwarze Null bei der Neuverschuldung zu erreichen. Die SPD erkennt das an. Die SPD trägt Verantwortung für ihre Stadt und ist ein Garant verlässlicher Politik für alle Velberter Bürgerinnen und Bürger. Deshalb stimmt die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Velbert dem Haushalt zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Esther Kanschat, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und – kollegen, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, werte Vertreter der Presse,

am Anfang oder am Ende der Haushaltsrede dankt man für gewöhnlich der Kämmerei für die Vorlage des Haushaltes. Ich habe lange überlegt, ob ich mich dieses Mal überhaupt bedanken soll bzw. kann. Die vorgelegten Zahlen sind durch die Umstrukturierungen der Fachbereiche und Zuständigkeiten nicht mit den Unterlagen der letzten Jahre vergleichbar und für uns nicht nachvollziehbar dargestellt. Die viel zu wenigen Erläuterungen tragen mehr zur Verwirrung als zur Aufklärung bei.

Doch ich bin zu dem Schluss gekommen, dass ich nicht einmal beurteilen kann, ob die Mitarbeiter/-innen der Kämmerei eine gute oder schlechte Leistung erbracht haben. Von daher bedanke ich mich einfach für die geleistete Arbeit, was sicherlich keine leichte Aufgabe war. Aber wir sind ja nicht die Einzigen, die das vorgelegte Zahlenwerk nicht nachvollziehen können. Der geäußerte Unmut großer Teile der Ausschussmitglieder in den meisten Ausschüssen führte ja sogar dazu, dass es Seitenweise weitere Zahlenaufstellungen als Tischvorlage zum ein oder anderen Ausschuss gegeben hat. Da nämlich auch einige Verwaltungsmitglieder den Nachtragshaushaltsentwurf nicht genügend erklärend fanden – dies wurde zumindest so vom Dezernenten geäußert.

Aus diesem Grund bin ich auch sehr froh, dass wir den Haushalt ablehnen wollen, da es mir sehr schwer fallen würde, einer Vorlage zuzustimmen, die ich nicht verstanden habe. Ganz im Gegensatz anscheinend zu vielen Anderen hier, denen das nichts ausmacht. Wie z.B. der Aussage des Fraktions- und Ortsverbandvorsitzenden der SPD im Sportausschuss zu entnehmen war, dass auch er die Zahlen zum Teil nicht verstanden habe, aber das würde ja nichts machen, denn sie wollten ja sowieso zustimmen.

In den letzten Jahren, wie auch dieses Mal wieder, haben sowohl der BM und Kämmerer, als auch die CDU, FDP und SPD mehrfach betont, dass wir dem Haushalt ja schon lange nicht mehr zugestimmt haben. Sie versuchen uns in die Nein-Sager Ecke zu drängen, als Protestpartei darzustellen und betonen immer wieder, wir seien ja nicht verantwortungsbewusst - so wie Sie alle - und wir wollen ja nicht mitgestalten - so wie Sie alle.

Glauben Sie mir, wir nehmen unsere Verantwortung sehr, sehr ernst und ebenso – wie Sie alle meinen es zu tun- möchten wir gerne mitgestalten. Was man unseren Anträgen zum Nachtragshaushalt entnehmen kann.

Allerdings glaube ich, Sie interpretieren den Begriff mitgestalten ganz anders als wir.

Mitgestalten bedeutet bei Ihnen zuzustimmen, zu denen zu gehören die Ja sagen. Aber neben dem „mit“- in dem Wort mitgestalten steckt der nicht unwichtigere Teil des Wortes „gestalten“ und dem kommen Sie beim besten Willen nicht nach.

Schauen wir uns doch mal an, was Sie bewirkt haben mit Ihrer Verantwortung übernehmen und mitgestalten:

- Seit Umstellung auf das NKF, also seit acht Jahren war der Velberter Haushaltsplan jedes Jahr so aufgebaut, dass man nach fünf bis sieben Jahren mit den anfangs hohen prognostizierten Fehlbeträgen, sich immer weiter steigend, wieder im Haushaltsplus befand. Genau wie in diesem Jahr wieder. So haben sie insgesamt ca. 150 Mio. €, in acht Jahren wohl gemerkt, an Ausgleichs- und Allgemeine Rücklage verzehrt.
- Seit den letzten zehn Jahren hat Velbert, wider aller guten Vorsätze, z.B. dem 90 plus Programm und einigen unsäglichen, landschaftszerstörenden geplanten Baumaßnahmen, 6838 Einwohner weniger aufzuweisen. Das entspricht einem Rückgang um 8 %. In den zehn Jahren davor waren es nur tausend Einwohner, was nur 1 % ausmacht.
- Sie planen ein Einkaufszentrum, einen großflächigen Einzelhandel und nicht benötigte neue Wohngebiete im Außenbereich. Diese werden den jetzigen Handel im Zentrum und den Nebenzentren ausbluten lassen, den fußläufigen, wohnraumnahen Einzelhandel kaputt machen und die Infrastrukturkosten aller Bürgerinnen und Bürger Velberts enorm ansteigen lassen. Ganz zu schweigen von der immer größer werdenden Anzahl an Leerständen im Wohnungsaltbestand.

Glauben Sie im Ernst, wir würden betroffen sein, da nicht „mitgestaltet“ zu haben oder be-
trübt darüber, dafür die Verantwortung nicht mit zu tragen? NEIN, ganz im Gegenteil, wir sind
froh, dass Sie das alleine, ganz alleine verantworten müssen. Naja, ganz alleine sind Sie ja
nicht. Sie machen ja immerhin mehr als die Hälfte des Stadtrats aus.

Von daher unterscheiden wir uns gerne von Ihnen, den notorischen Ja-Sagern, die allem
zustimmen, was die Verwaltung und Investoren ihnen vorlegen.

Dabei haben wir wirklich überlegt, ob wir dem Nachtragshaushalt zustimmen sollen. Rein
von der Betrachtung der verwaltungsseitig vorgelegten fünf Maßnahmen, sahen wir das
durchaus im Bereich des Möglichen. Drei der Maßnahmen sind völlig unstrittig.

Die Vierte, die Zentralisierung der Einrichtungen ist auf Grund des Immobilienüberhangs der
Stadt, dem demographischen Wandel und dem damit einhergehenden Einwohnerrückgang
eine sinnvolle, strukturelle Maßnahme. Von denen wir viel, viel mehr bräuchten. Denn nur
durch strukturelle Maßnahmen kann ein nachhaltiger Effekt erzielt werden.

Allerdings nicht, wenn sie kein Konzept dafür haben. Man kann nicht ohne detaillierte Infor-
mationen, ohne Hintergrundwissen, eine strukturelle Maßnahme sinnvoll durchführen. Die
Verwaltung wollte voreilig die Verteilung der Einrichtungen auf die Stadtbezirke vornehmen.
Dies sollten wohl Zugeständnisse an jeden Stadtbezirk sein, um die Bürger still zu halten. So
etwas schafft keine Transparenz und ist für die Bürgerinnen und Bürger auch nicht nachvoll-
ziehbar.

Daher freut es uns, dass wir mit unserem Antrag erreicht haben, dass ein Konzept erstellt
wird und auf Basis von ermittelten Benutzerdaten ein sinnvolles Gebäudenutzungskonzept
entworfen werden soll. Wonach man dann eine vernünftige Zentralisierung durchführen kann
(wir hätten das Wort Optimierung nicht gebraucht).

Mit dieser Abänderung hätten wir also soweit dem Nachtragshaushalt zustimmen können.

Bei der dann nur noch verbleibenden letzten Maßnahme waren wir uns sicher, ganz sicher,
dass es für die Erhöhung der Grundsteuer B um unglaubliche 25 % keine Ratsmehrheit ge-
ben würde.

Aber weit gefehlt. Die SPD hatte es ja so eilig beim Verantwortung übernehmen, dass sie
sogar die CDU hier in Velbert überholte, beim mitgestalten - oh, zustimmen meinte ich. Wie-
der mal, wie schon in 2010, dachte die SPD kurz darüber nach, die Unternehmen durch Er-
höhung der Gewerbesteuer auch zu beteiligen. Aber wie formulierte die Vertreterin der SPD
im Finanzausschuss es so schön: man müsse die Last auf die verteilen, denen es noch zu-
gemutet werden kann. Das sind natürlich nicht die Unternehmen, die die Gewerbeertrags-
steuer zahlen, damit meinte sie alle Mieter - auch die jungen Familien mit geringem Ein-
kommen, Rentner, usw., - die mit Ihren Nebenkosten diese Erhöhung bezahlen müssen.

Ich weiß, bei den Worten dreht sich bei etlichen SPD Ratsmitgliedern der Magen um, ebenso
wenn sie oder er gleich den Haushalt mit verabschieden wird. Und der Magen hat auch
Recht. Zwar ist es richtig, bei einer solchen Haushaltssituation nicht nur einzusparen, son-
dern auch die Einnahmeseite mit zu erhöhen. Aber dieses muss möglichst gerecht, und da-
mit meinen wir sozial gerecht, auf alle Schultern verteilt werden. Vor allem, wo Sie doch
schon einmal vor drei Jahren, nur die Grundsteuer B zur Kasse gebeten haben.

Natürlich ist es ein schlechter Zeitpunkt die Gewerbesteuer zu erhöhen: wir sind eventuell
auf dem Weg in die Rezession, wie kann man da auf den Gedanken kommen, die Unter-
nehmen noch mehr zu belasten?

Aber Sie finden immer ein Argument, die Unternehmen zu schonen: In der Rezession sagt
man uns: „dann gibt es ja nie einen Aufschwung“.

Bei Konjunkturaufschwung heißt es: „Man will das junge, zarte Pflänzchen ja nicht im Keim
ersticken“.

Und bei einem Konjunkturhoch will man doch auf keinen Fall eine Rezession einleiten.

So gesehen wird der Gewerbesteuerhebesatz nie erhöht.

Das Argument, dass Sie bringen, dass wir mit dem Gewerbesteuerhebesatz an der Spitze im
Kreis und gleichauf mit Düsseldorf liegen, das gilt genauso auch für den Hebesatz der

Grundsteuer B (außer das Wülfrath zurzeit bei 465 % liegt). Aber das interessiert Sie ja gar nicht.

Nein, nach zehn Jahren gehört auch die Gewerbesteuer bei der Stützung des Haushaltes mit ins Boot, wie die Grundsteuer B und auch die Grundsteuer A.

Von daher können wir dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen, **weil** wir Verantwortung übernehmen und **weil wir sozial gerecht** mitgestalten wollen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

August Friedrich Tonscheid, Vorsitzender der Fraktion „Velbert anders“

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates, sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wir stehen heute hier und müssen uns fragen lassen, waren alle Entscheidungen der letzten Jahre richtig?

Die Antwort liegt uns in Form dieses Nachtragshaushaltes vor - und die Antwort kann nur lauten: Nein!

Schon im Wahlkampf 2009 hat unsere Fraktion auf die finanziellen Gefahren der nachfolgenden Jahre aufmerksam gemacht und darauf gedrängt, die strukturellen Probleme, die sich schon seit Jahren im städtischen Haushalt widerspiegeln, zu verändern. Genutzt hat uns diese ehrliche Aussage seinerzeit wenig, wie man am Wahlergebnis sehen konnte. Vielmehr haben eher die Parteien Erfolge erzielt, die lautsprecherisch die Erfüllung weiterer Wünsche propagierten.

Mit dem Doppelhaushalt 2010/2011, den wir mit erarbeitet und beschlossen haben, wurde erstmalig seit Jahrzehnten ein Schritt in die richtige Richtung gemacht, indem notwendige finanzielle Einschnitte beschlossen wurden. Diese sind zwar nicht auf ungeteilte Begeisterung bei den Betroffenen gestoßen, haben aber dazu geführt, dass die Weichen für die Zukunft – was den Haushaltsausgleich anging – auf *positiv* gestellt wurden.

Es genügte in der Folge lediglich eine Verbesserung in einem Haushaltsjahr - und schon waren die guten Vorsätze vergessen. Die CDU ließ durch Herrn Bolz mitteilen: „Die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung und gute Steuereinnahmen erlauben eine günstigere Prognose.“ Entsprechend waren die Aufweichungen im zuvor verabschiedeten Haushalt.

Die SPD verkündete durch Herrn Werner, „... bei Ausgaben, die die eigene Klientel betreffen, verlässt uns dann der Mut, diese zu streichen.“, stellte dann aber mit einem Churchill-Zitat fest: Planung ist der Ersatz des Zufalls durch den Irrtum.

Mit der heutigen Nachtragshaushaltssatzung ist diese These manifestiert. Gleichzeitig forderte die SPD eine verbesserte Wirtschaftsstruktur, eine attraktive Schullandschaft, ein blühendes Kulturleben, eine soziale Stadt, und und und.

Auch die FDP wollte, wie Herr von Felbert ausführte, gestalten (womit eigentlich?) und freute sich, dass die Handlungsfreiheit zurück wäre. Gleichzeitig wies Herr von Felbert darauf hin, dass es mit der FDP keine Erhöhung der Grundsteuer B geben werde.

Gemeinsam verkündete dieser Chor der „drei Tenöre“:

Gestalten statt kürzen!

Nun liegen die desaströsen Folgen dieser Gestaltung auf dem Tisch.

Für unsere Fraktion möchte ich nur an eine Passage aus meiner damaligen Rede erinnern: „Wenn die Gewerbesteuer, die im Haushaltsansatz 2012 noch einmal ambitioniert angehoben worden ist, nicht in der geplanten Höhe erreicht wird, wird der Rat Maßnahmen beschließen müssen, die mit Gestalten absolut nichts mehr zu tun haben.“

Da in diesem Rat die Meinung vorherrscht, dass man in die Zukunft schauen soll und nicht in der Vergangenheit kramen, möchte ich hier nur fragen:

Wie soll man die Zukunft erfolgreich planen und gestalten, wenn die Fehler der Vergangenheit ignoriert und nicht korrigiert werden?

Die heute vorliegende Nachtragshaushaltssatzung ist kaum vom Willen zu Einsparungen geprägt, sondern vielmehr von der Maxime, Steuern und Abgaben weiter zu erhöhen.

Interessant dabei ist, dass es in einigen Budgets sogar zu noch höheren Ausgaben kommt, als im derzeit geltenden Haushaltsplan ausgewiesen, beispielsweise im Budget „Sport und Bildung“, der durch die Abschreibungen des neuen Sportzentrums höher belastet wird, aber auch im Budget „Jugend und Familie“.

Wie sagte noch unser Bürgermeister bei der Erläuterung des Haushaltssicherungsplans 2012/2013?

„Im Rahmen der Überarbeitung des strategischen Zielprogramms ist zudem vorgesehen, dem Thema **Finanzsituation der Stadt Velbert** eine noch größere Bedeutung als bisher beizumessen und als eine der Leitlinien für **alle** Aufgabenbereiche der Stadt Velbert zu etablieren. Damit kann gewährleistet werden, dass sich die zukünftige Umsetzung der strategischen Zielsetzungen noch stärker an der Finanzsituation der Stadt Velbert orientiert.“

Bei dem hier vorliegenden „Werk“ und auch dem Haushalt 2012/2013 kann die Feststellung jedoch nur lauten: **Ziel verfehlt!**

Die jetzt wieder geforderte Troika aus CDU, SPD und FDP, die den letzten Haushalt beschlossen hatte, wurde schon vor Einbringung des Nachtragshaushaltes auf Kurs gebracht. Wie sonst ist es zu erklären, dass mir aus diesen Fraktionen schon am 4.2.2013 über eine Einigung berichtet wurde?

Als großer Wurf wurde in dieses Werk eine 25%ige Erhöhung der Grundsteuer B eingearbeitet, nichts anderes ist die Erhöhung des Hebesatzes von 440 % auf 550 %. Alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt werden dadurch belastet.

Ich prognostiziere, dass auch diese Anhebung nicht die letzte gewesen sein wird. Wenn sich alle Handelnden vor Augen führen würden, wie in den letzten 10 Jahren der Haushalt „verschönbessert“ wurde, müssten sie zu einer Schlussfolgerung kommen:

Das Ruder muss herumgerissen werden, will die Zahlungsunfähigkeit der Stadt verhindert werden.

Hier einige Beispiele, wie in der Vergangenheit der Haushalt gerettet wurde:

1. Steuervorteile aus der BVG gehoben - ca. 20 Mio. DM
2. Verkauf des Berufskollegs Niederberg - ca. 25 Mio. DM
3. Verkauf der städtischen Wohnungen an die Wobau - ca. 100 Mio. DM
4. Verkauf der Regenrückhaltebecken an BRW und Ruhrverband
- ca. 10 Mio. DM
5. Verkauf von Stadtwerkeanteilen an RWE

Wobei die Erlöse aus dem Verkauf städtischer Anteile an RWE zum Großteil bei den Stadtwerken verblieben sind. Nur durch diese Verkäufe von Tafelsilber konnte der Haushalt immer wieder „hingebo-gen“ werden. Gelernt haben aus dieser desaströsen Situation nur Wenige. Die Fraktionen, die hier und heute den vorliegenden Nachtragshaushalt genehmigen werden, gehören allerdings auf keinen Fall dazu. Sie wollen weiter gestalten. Wie schon bisher mit Geld, das nicht vorhanden ist. Daher ist der Griff in die Taschen der Velberter Bürgerinnen und Bürger zwingend.

Alle Fraktionen des Rates sind angehalten, den Velberter Bürgern ehrlich die Tatsachen vorzulegen und mit der notwendigen Transparenz - die auf anderen Feldern gerne von der Verwaltung propagiert wird - Veränderungen zu diskutieren und zu erarbeiten.

Weitere unseriöse Klimmzüge sollten sich Verwaltung und Politik ersparen und endlich erkennen, wo der bisherige Weg hinführt:

Schnurstracks ins finanzielle Chaos!

Ich möchte Ihnen hierzu das geradezu widersinnige Beispiel der Stadt Mülheim/Ruhr vor Augen führen. Im Jahr 2011 verzeichnete die Stadt Mülheim einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 132.000.000 Euro bei Gesamteinnahmen von 479.000.000 Euro. Die Kassenkredite hatten sich bis dahin auf 616.000.000 Euro hoch geschaukelt - und das bei permanent niedrigen Zinsen. In Mülheim wird die Grundsteuer B auf einen Hebesatz von 800 % angehoben und laut Planung der Verwaltung soll im Jahr 2023 der Haushaltsausgleich erreicht sein.

Wie war das Zitat von Churchill?

Auch in Velbert sind die Kassenkredite in den letzten Jahren auf fast 100.000.000 Euro angestiegen. Sollten die Zinsen auch nur um 1% steigen, macht das eine zusätzliche jährliche Haushaltsbelastung von 1.000.000 Euro aus.

Es kann und darf allerdings nicht bei der Aufzählung der Fehler der Vergangenheit bleiben. Nein, man muss auch tragfähige Vorschläge zur Haushaltssanierung machen, die nicht nur aus Abgabenerhöhungen bestehen.

Schon bei der Verabschiedung des letzten Doppelhaushaltes haben wir solche Vorschläge unterbreitet, die da waren:

1. Anpassung der Personalkosten an den demografischen Wandel
2. Reduzierung der Fachbudgets und jährliche Anpassung
3. Vorhandene Einrichtungen, die teilweise dreifach vorgehalten werden, sollten nach Möglichkeit zusammengelegt werden.
(auch bei den freien Trägern)
4. Aufwendungen im Budget Jugend, Familie und Soziales sollen auf die tatsächliche Bedürftigkeit abgestellt werden und das Angebot der freien Träger ebenfalls dahin gehend überprüft werden.
5. Defizitäre Sparten der städtischen Töchter (Beispiel: Grünflächen TBV) sollten auf Effektivität und Kostenoptimierung überprüft werden.
6. Geschenke an ausgesuchte, nahe stehende Klientel sind weit davon entfernt, den Haushalt zu sanieren und sollten vermieden werden.
7. Deckelung der Kreditaufnahme bei den städtischen Töchtern
(die Stadt haftet)

Wir haben für die Beratungen des jetzt vorliegenden Nachtragshaushaltes keine eigenen Anträge gestellt. Denn uns war früh klar, dass durch die weit im Vorfeld bereits getroffenen Absprachen der Haushaltstroika alle weiteren Anträge von eben diesen Fraktionen abgelehnt werden würden.

Vielmehr wollen wir an dieser Stelle weitere Vorschläge zur Haushaltssanierung aufzeigen:

1. Reduzierung der Investitionen auf 50 % der nach der Gemeindeordnung und Dienstaufsicht zugelassenen Quote.
2. Verschiebung des Baus der Leichtathletikarena am Sportzentrum.
3. Überprüfung von noch nicht umgesetzten Einsparmöglichkeiten aus den Haushaltssicherungskonzepten 2010/2011 und 2012/2013.

4. Veränderung der Gebühren aus Verwarnungsgeldern des ruhenden Verkehrs, da die Gesetzgebung die Verwarnungsgelder zum 1. April 2013 teilweise um 100 % angehoben hat.
5. Nochmalige Überprüfung der in der Anlage befindlichen Prüfaufträge. Einige dieser Prüfaufträge schlafen noch den Schlaf der Gerechten, andere wurden ohne ernsthafte Beratung von städtischen Töchtern abgelehnt.

Wie man zu der Aussage kommen kann, dass Mehreinnahmen zum Beispiel der Technischen Betriebe und der Stadtwerke nicht den Haushalt verbessern werden, wird zu erklären sein. Wie war das noch mit dem Nizzabad?

Auch die von der Troika beschlossenen Geschenke aus dem Haushalt 2012/2013 sollten nochmals überprüft werden, als da sind:

1. Beratungsstelle Zinnober
2. Lehrschwimmbecken Nierenhof
3. Zuschüsse an Verbände die entgegen des Haushaltes 2010/2013 verändert wurden.

Waren das eventuell die von Herrn Werner angesprochenen Klientelgeschenke?

Weiterhin sollten alle HSP-Positionen, die sich im roten (= keine Zielerreichung) oder gelben (= nur teilweise Erreichung des Ziels) Bereich befinden, noch einmal kritisch überprüft werden. Mit dem Ziel, das Plansoll schnellstmöglich zu erreichen.

Wenn man dann sieht, das in diesem Nachtragshaushalt Einnahmeansätze ohne erkennbaren Grund heruntergesetzt werden und die Schlüsselzuweisungen für die kommenden Jahre unverändert mit 21.000.000 Euro angesetzt werden, könnte man zu der Erkenntnis kommen, dass hier schon Reserven für die kommenden Haushalte aufgebaut werden. Denn die einzig konstanten positiven Veränderungen im Haushaltsplan werden die Erhöhung der Grundsteuer B und der Vergnügungssteuer sein.

Auch die Verbesserung durch die absehbare Reduzierung der Kreisumlage wird nach unserer Auffassung durch (angebliche) Ansatzreduzierungen „gegen Null“ gerechnet. Die Zahlungen aus dem Stärkungspakt erleiden das gleiche Schicksal. Interessant ist hierbei auch die Tatsache, dass es noch keinen Abschluss 2012 gibt und nur aufgrund des Gewerbesteuerfehlbetrages eine Nachtragshaushaltssatzung vorgelegt wird. Die Erläuterungen der Gemeindeordnung NRW sagen demgegenüber, dass auch die Haushaltsausgabereise in einer solchen Satzung berücksichtigt werden sollen.

Auch wenn die Verwaltung darauf hinweist, dass es noch keinen Abschluss 2012 gibt, hätte es vor diesem Hintergrund möglich sein müssen, einen vorläufigen Abschluss vorzulegen. Damit der tatsächliche Fehlbetrag in etwa feststeht und die Kommunalpolitik weiß, worüber sie spricht.

Dem gegenüber steht die Aussage, dass bei der Gefahr eines Fehlbetrages in dieser Größenordnung **unverzüglich** ein Nachtragshaushalt aufzustellen ist. Aber auch hier kann man über die Auffassung der Verwaltung, das Wort unverzüglich betreffend, tunlichst diskutieren. Schon Ende September war klar, dass der Ansatz der Gewerbesteuer nicht erreicht werden würde, durch den seinerzeitigen Bericht zum 3. Quartal war der Ausfall bei der Gewerbe bekannt. Die Vorgabe **unverzüglich** hat die Verwaltung dann in der Form umgesetzt, dass dem Rat am 26. Februar 2013 der Entwurf des Nachtragshaushaltes vorgelegt wurde.

Zum Ende möchte ich noch auf zwei Besonderheiten hinweisen.

1. Mit der Verabschiedung des Haushaltes 2012/2013 wurde auch die Position 112 im Haushaltssicherungskonzept, das dann zum Haushaltssicherungsplan wurde, verankert.

Diese Position lautet: Abschaffung der Stadtbezirke und der Bezirksausschüsse. Damit hat auch die SPD die Abschaffung der Bezirke und Bezirksausschüsse beschlossen, obwohl die SPD nach eigener Aussage die Ausschüsse nicht abschaffen will.

Spätestens als der Bürgermeister unserer Stadt sein Papier „Mehr Velbert wagen“ vorlegte war klar, wohin der Zug fahren sollte: Zum einen wollte er damit den immer noch aufmüpfigen Bürgern der Stadtteile Neviges und Langenberg das Forum entziehen und den ambitionierten Mitgliedern der Bezirksausschüsse, die dort nicht nur die Zeit absitzen, eine Möglichkeit nehmen, sich bürgernah zu verhalten und bürgernah zu entscheiden.

Nach einigen niveaulosen Äußerungen unseres ersten Bürgers in der Vergangenheit (Verhalten wie in einer RTL-Talkshow etc.) war dies das Tüpfelchen auf dem i.

Da der Bürgermeister mehrfach bewiesen hat, dass seine Kritikfähigkeit wenig ausgebildet ist, werden Ratsmitglieder, die sich für die Erhaltung dieser basispolitisch orientierten Einrichtungen (BZA's), einsetzen und Alternativvorschläge machen, nicht kontaktiert und gehört, sondern einfach ins Abseits gestellt. Denn es werden Mehrheiten „gestrickt“, koste es was es wolle.

Herr Bürgermeister, in dieser Stadt sollte wieder die Politik entscheiden und nicht ein Bürgermeister, der schon bald andere Aufgaben übernehmen wird.

2. Mit diesem Nachtragshaushalt wird ebenso die Position 124 (Optimierung städtischer Einrichtungen) in den Haushaltssicherungsplan geschrieben. Wir haben im Finanzausschuss und im Bezirksausschuss Neviges klar zu machen versucht, dass damit (der Beschlussfassung über einen HSP-Punkt) ein Freibrief für die Verwaltung ausgestellt würde. Diese würde damit letztendlich ermächtigt ein Konzept vorzulegen, das von der Politik zwar beraten, aber nicht mehr verändert werden kann. Es sei denn, ein alternativer „Sparvorschlag“ – vielleicht eine erneute Grundsteuererhöhung – würde vorgelegt.

Sie werden meinen Ausführungen entnommen haben, dass wir den von der Verwaltung vorgelegten Entwurf nicht für tragfähig halten, weil der tatsächliche Sparwille nicht erkennbar ist, „heilige Kühe“ - sprich Klientel - nach wie vor nicht kontrolliert werden und damit auch keine Sparpotenziale aufgespürt werden können. Der Prüfauftrag Nr. 17 des HSK ist nie erfüllt worden! Danach sollte ein standardisierter Verwendungsnachweis für den gesamten Zuschussbereich eingeführt werden.

Unsere Fraktion lehnt den Nachtragshaushalt dementsprechend ab.

Der Kämmerer danken wir für die geleistete Arbeit, die aus den skizzierten Gründen allerdings vermeidbar gewesen wäre.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Julius von Felbert, Vorsitzender der FDP-Fraktion

Gemeinsam mit den Fraktionen der CDU und SPD hat die FDP-Fraktion den Haushalt der Jahre 2012 / 2013 verantwortet.

In dieser Verantwortung sehen wir uns ebenso, wenn die 1. Nachtragshaushaltssatzung zu der Haushaltssatzung vom 28.3.2012 beschlossen werden muss.

Es ist schmerzlich, dass wir jetzt das entstandene Defizit des Jahres 2012 durch weitere Einsparungen und Steuererhöhungen ausgleichen müssen.

Ausdrücklich begrüßen wir das Bemühen der Verwaltung, nicht nur über Steuererhöhungen das Defizit ausgleichen zu wollen, sondern mit ausgewogenen Einsparungen tragbare Belastungen für uns alle vorzuschlagen.

Die Beratungen und Empfehlungen der Fachausschüsse haben keine Kürzungen im Bereich Kinder, Jugend, Bildung und Soziales ergeben und eine Erhöhung der Gewerbesteuer bleibt weiterhin ausgeschlossen.

Nach den ersten Aufregungen in der Bürgerschaft über eine Zentralisierung der Musik- und Kunstschule, der Bibliotheken und der VHS begrüßen wir sehr, dass das Vorhaben „Zentralisierung“ jetzt durch das Vorhaben „Optimierung“ ersetzt wird. Daran, so glaube ich, können wir alle erfolgreich mitwirken.

Dass der Stadtrat sich zukünftig nicht verkleinern und auch die Bezirksausschüsse nicht abschaffen will, hält die FDP-Fraktion aufgrund der demographischen Entwicklung in Velbert für nicht mehr zeitgemäß; auch darin würde erhebliches Einsparpotenzial liegen.

Komme ich zum Fazit, das die Verwaltung in der heutigen Vorlage zieht, so fehlt mir die Einschätzung der innerstädtischen Entwicklung der nächsten Jahre. Marktzentrum, Friedrichstraßen-Arkaden, Bebauung des Woeste-Geländes mit einem EDEKA-Markt, Zentraler Omnibusbahnhof und die Neugestaltung des Platzes Am Offers werden eine nachhaltige Attraktivitätssteigerung der Velberter Innenstadt herbeiführen, von der wir glauben, dass diese Entwicklung auch die Einnahmeseite der Stadt Velbert verbessern wird.

Die FDP-Fraktion stimmt der 1. Nachtragssatzung des Haushaltes 2012 / 2013 zu.

Harry Gohr, Vorsitzender der Fraktion Die Linke,

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

zuerst möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und dem Rat für die Zusammenarbeit über sämtliche Grenzen hinweg bedanken.

Es freut mich auch, dass Sie, Herr Bürgermeister Freitag, der Sie nie einen Zweifel an Ihrer Ablehnung uns gegenüber gelassen haben, uns nun ausdrücklich anerkennen und einladen, diesem Nachtragshaushalt doch einmal zuzustimmen.

Die Einladung können wir natürlich nicht annehmen. Die Differenzen bleiben. Aber die Geste ist registriert.

Nach der langen Reihe von Kürzungshaushalten und dem Stärkungspakt sollen wir heute zusätzlich einem Nachtragshaushalt zustimmen. Nach all den bereits beschlossenen Belastungen, dem Leistungsabbau und der Verringerung von Personalaufwendungen, geht es erneut darum, die Ansätze des Haushalts zu korrigieren und fehlende Millionen auszugleichen. Das Rezept, das wir beschließen sollen, ist das gleiche, wie bei den zurückliegenden Beschlüssen. Weitere Belastungen der breiten Mehrheit der Bürger, der Beschäftigten der Stadt, der Rückbau sinnvoller Maßnahmen.

Unsere besondere Kritik richtet sich gegen die einseitige Lastenverteilung bei den Steuervorschlägen. Wir halten die Erhöhung der Grundsteuer B von 440 auf 550 Punkte bei gleichzeitiger erneuter Schonung der Gewerbesteuerpflichtigen für sehr ungerecht. Die Erhöhung der Grundsteuer B trifft Eigenheimbesitzer und Mieter, da die Steuererhöhungen von Vermietern weiter gegeben werden. Mit den gleichzeitig steigenden Energiekosten wird menschenwürdiges Wohnen für viele zum Problem.

Für die Zentralisierung von Stadtbibliothek, VHS und Musikschule wird das Konzept gerade erst in Auftrag gegeben. Trotzdem werden dafür schon feste Einsparungen eingeplant. Doppelt Sorgen macht uns dabei das fehlende Raumkonzept. Schließlich planen wir gerade eine neue Schule. Eine Sekundarschule immerhin, eine Gesamtschule wäre nötig. Das haben die Anmeldezahlen wieder einmal gezeigt. Schulen jedenfalls brauchen Räume. Dass die bei der Zentralisierung nicht plötzlich anders verplant werden, das hätten wir doch gerne Schwarz auf Weiß.

Aber all die fragwürdigen Kürzungsmaßnahmen sind ohnehin unnötig. Eine moderate Anhebung der seit 10 Jahren unveränderten Gewerbesteuer würde genug einbringen, um das neue Haushaltsloch zu schließen. Nach den Grausamkeiten der vergangenen Jahre ist es höchste Zeit, dass sich auch die Unternehmen mit ihren Gewinnen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen.

Und an dieser Stelle muss ich Sie, Herr Freitag, einmal inhaltlich scharf kritisieren. Sie haben erklärt, die Gewerbesteuer sei praktisch eine reine Gewinnsteuer und würde deshalb Unternehmen das Kapital für Investitionen nehmen. Das ist Unfug. Denn das, was Unternehmen investieren, wird ja selbstverständlich mit den Einnahmen verrechnet. Erst das, was nach Abzug der Ausgaben und Abschreibungen übrig bleibt, ist Gewinn. Das wird auf die Hohe Kante gelegt oder ausgeschüttet, ganz nach dem Willen der Besitzer. Und davon können wir als Stadt unseren Anteil nehmen, ohne das Unternehmenswohl zu gefährden.

Was wir auch kritisieren ist, dass immer noch so getan wird, als könnten wir uns mit finanzieller Selbstbescheidung und anderen kommunalen Mitteln am eigenen Schopf aus dem Haushaltsloch ziehen. Dass wir uns dabei die Haare ausreißen, sei leider unvermeidbar, weil wir ja als Stärkungspaktkommune unter so strengen Auflagen stehen.

Ich erinnere mich noch gut daran, wie uns hier im Rat erzählt wurde, die Stärkungspaktmilli-
onen gäbe es praktisch umsonst. Wir hätten schon soviel gekürzt, dass sich für Velbert
durch die Auflagen keine weiteren Veränderungen ergeben würden. Dieser Haushalt wird
nicht der Letzte sein, der das Gegenteil beweist. War das nicht absehbar? Es mag billig sein,
heute darauf hinzuweisen, dass wir Recht damit hatten, diesen Pakt als einzige Fraktion ab-
zulehnen.

Mit "Schuldenbremse", "Stärkungspakt" und der fortlaufenden Umverteilung der Aufgaben
und Kosten zu Lasten der Kommunen geben Bund und Land uns die Folgen ihrer eigenen
Haushaltspolitik weiter.

Ich möchte daran erinnern, dass die Hälfte der Schulden, die der Bund zwischen 2000 und
2011 angehäuft hat, auf Steuererleichterungen für Reiche und Unternehmen zurückgeht.
Dass zusätzlich 500 Milliarden für die Bankenrettungen bereitgestellt wurden. Dass seitdem
weitere Milliarden in ESM und "Rettungspaketen" versenkt wurden, die letztendlich nur den
Banken und Anlegern nutzen. Und da ist kein Ende abzusehen.

Während bundesweit mit Hartz IV, Rente mit 67 -- wenn überhaupt -- und vielen anderen
Maßnahmen ein in der Geschichte vorbildloser Sozialraub stattfindet, und wir genötigt wer-
den, uns als Stadt Velbert mit dem Rückbau kommunaler Leistungen daran zu beteiligen,
jagt die Summe der Privatvermögen in Deutschland von Rekord zu Rekord. Denn wie jeder
weiß, sind die Schulden des einen die Guthaben des anderen.

Deshalb sind wir in diesem Monat -- nicht zum ersten Mal -- auf die Straße gegangen um
gemeinsam mit Sozial- und Jugendverbänden, Gewerkschaften, 3. Welt Initiativen, Globali-
sierungskritikern, Religionsgemeinschaften und vielen anderen, die sehen, dass hier etwas
schief läuft, für eine fairere Verteilung einzutreten. Das Bündnis umFAIRteilen wird weiter-
machen, Sie werden noch von uns hören.

Die Erhöhung der Gewerbesteuer könnte, wie auch die Vermögenssteuer, deren Unterstüt-
zung dieser Rat leider abgelehnt hat, ein Beitrag dazu sein, das Gleichgewicht wieder herzu-
stellen und den finanziellen Druck von der Stadt Velbert zu nehmen. Aber da begibt man sich
doch lieber unter die Knute des sogenannten "Stärkungspaktes".

Sehr geehrte Damen und Herren, an dem großen Bogen, den ich hier geschlagen habe,
können Sie sehen, dass uns LINKEN nichts ferner liegt, als Kirchturmdenken. Und so wollen
wir auch alle gerne Velberter sein. Deswegen sind wir sofort dabei, wenn der Bürgermeister
uns auffordert, mehr Velbert zu wagen. Und wenn Sie, Herr Freitag, sagen: "Es geht darum,
die Menschen vor Ort wieder dafür zu begeistern, sich an politischen Entscheidungsprozes-
sen zu beteiligen", dann möchten wir als überzeugte Demokraten spontan aufstehen und
applaudieren.

Was können wir tun, um dieses Ziel zu erreichen? Wie können wir die Identität als Velberter
fördern und die Beteiligung der Bürger stärken? Aus dem Leben in Velbert und den Gesprä-
chen mit Menschen in den Stadtteilen kann ich eines sagen. Es fällt vielen schwer genug,
sich mit ihrer Siedlung zu identifizieren. Und zwar, weil das soziale Leben vor Ort austrock-
net. Die Innenstädte sterben aus, die Angebote der Stadt werden ausgedünnt, der ÖPNV
zurückgefahren. Viele Menschen kommen nur noch zum Schlafen her.

Der angebliche Gegensatz zwischen den Stadtteilen und dem Stadtzentrum, den die Stadt-
spitze aufmacht, tut der Sache erst recht keinen Gefallen. Wenn die Leute vor die Wahl ge-
stellt werden, ob sie Langenberger, Nevigeser oder eben Velberter sind, eine Wahl zwischen
gewachsener Heimat und abstraktem Gebilde, dann ist der Fall klar. Aber die Wahl ist unnö-
tig. Jeder weiß doch, dass Neviges und Langenberg zu Velbert gehören.

Der Weg einer stärkeren Identifizierung mit unserer gemeinsamen Stadt Velbert führt nicht gegen, sondern nur über die lokalen Identitäten. Deswegen begrüßen wir auch ernsthaft den Vorschlag unseres Bürgermeisters, mehr Bezirksausschüsse einzurichten. Es ist ja schon auffällig, dass der BZA Velbert-Mitte, der für viel mehr Menschen zuständig ist, von weniger Bürgern besucht wird. Der Bezirk ist hier einfach zu groß, der Bezirksausschuss zu fern.

Die Politik muss zu den Menschen kommen, vor Ort ansprechbar sein. Die Bezirksausschüsse sind dabei auch deshalb ein wichtiger Baustein, weil hier Politiker aus dem Stadtteil selbst sitzen, die die Probleme aus eigenem Erleben kennen. Die Bezirksausschüsse müssen gestärkt und vielleicht ergänzt werden. Keinesfalls darf man sie abschaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Wir haben dieses Jahr darauf verzichtet, eigene Änderungsanträge einzubringen. Kosmetik an einzelnen Punkten lenkt in unseren Augen vom Wesentlichen ab. Wir sehen in den vorliegenden Änderungsvorschlägen durchaus diskussionswürdige Punkte. Unsere Devise heißt aber "UmFAIRteilen statt kaputt zu kürzen."

Dem Nachtragshaushalt insgesamt können wir daher wie gesagt nicht zustimmen. Ich hoffe aber, dass ich mit meinen Ausführungen den einen oder anderen zum Nachdenken angeregt habe. Die nächsten Haushaltsberatungen sind ja schon im kommenden Herbst.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Gerda Klingenfuß, Vorsitzende Fraktion UVB

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

zehn Minuten Redezeit – was ist das schon?

Um einen Abriss des vergangenen Jahres und einen Ausblick auf das laufende Jahr zu geben, bräuchte es schon ein bisschen mehr Zeit.

Um Ihnen, Herr Bürgermeister alles zu sagen was wir, die UVB, auf dem Herzen haben, auch dazu bedarf es ein bisschen mehr Aufmerksamkeit. Sie hatten Gespräche auch mit unserer Fraktion für jeden 2. Monat angekündigt. Aber nach dem ersten Gespräch, als Sie unsere Zustimmung zur Sicherung Ihrer beruflichen Zukunft hatten, folgte kein weiteres Gespräch. Oder fürchten Sie, dass von der Seite der kleinen Fraktionen etwas kommen könnte, was Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nicht gefällt?

Wollen Sie das überhaupt hören?

Sind die Meinungen in der Verwaltung und in den großen Parteien nicht gleich Schillers Glocke – fest gemauert - in den Köpfen!!

Da können **w i r**, die kleinen Fraktionen, die Sie Herr Bürgermeister ja allemal bei jeder Gelegenheit beklagen, so viele und so gute Vorschläge unterbreiten wie wir wollen – sie werden ignoriert.

Wie schon eine Grünen-Politikerin über Koalitionsgespräche mit der CDU so treffend sagte:
„Rechnerische Mehrheiten haben mit politischen Realitäten nur sehr bedingt etwas zu tun“

Wir müssen über ein Haushaltsdefizit von ca. 6 Mio. € reden - was passiert? Die Verwaltung schlägt vor, den Bürgern in die Tasche greifen!

Unsere hübschen Töchter hingegen bleiben ungeschoren. Benötigen diese aber einmal Hilfe, dann ist es selbstverständlich, dass die Stadt eintritt.

Wenn es nach den Plänen der Verwaltung geht, dann sollen die Bezirksausschüsse abgeschafft werden - aus Kostengründen - aber in Wirklichkeit geht es um den Abbau der Demokratie.

Wie heißt doch dieses neue Papier? Mehr Velbert wagen! Im BZA Neviges ist es Ihnen schon um die Ohren gehauen worden und in Langenberg und Velbert-Mitte wird es auch nicht auf Gegenliebe stoßen.

In dem Papier „Mehr Velbert wagen“ rechnet sich die Verwaltung die Zahlen schön. So werden immens hohe Personalkosten in die Kostenschätzung für die BZAs eingerechnet! Wenn eine Fraktion aber beantragt, jeweils 2 Ausschüsse zusammenzulegen, errechnet die Verwaltung „Peanuts“ an Verwaltungskosten. Damit kommt dann keiner mehr auf die Idee, wegen der sehr kleinen Einsparung Ausschüsse zusammenzulegen. An dieser Stelle wäre einmal eine Forderung an die Verwaltung angebracht: *„Mehr Transparenz wagen“*. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sie haben aus Kostengründen schon fast die Bezirksverwaltungsstellen abgeschafft. Diese vegetieren jetzt in den Stadtteilbüchereien von Langenberg und Neviges dahin. Von Privatatmosphäre, die die Bürger bei gewissen Anträgen, die in der Bezirksverwaltungsstelle gestellt werden können, erwarten können, ist keine Rede mehr. Auch der Geräuschpegel ist zeitweise nicht hinnehmbar. Hier stoßen zwei Welten aufeinander. Ist der nächste Schritt die Auflösung der Bezirksverwaltungsstellen, weil die datenschutzrechtlichen Bestimmungen nicht eingehalten werden können?

Wir, die UVB stehen für die Stadtbezirke!!

Wir wollen, dass die Eigenheiten und besonderen Stärken der Stadtbezirke erhalten und gestärkt werden, denn nur so erreichen wir, dass sich die Menschen in unserer Stadt wohlfühlen, gerne hier leben und sich ehrenamtlich einbringen. So sind in den Stadtbezirken aus einer Not heraus, viele Maßnahmen von Bürgern der Stadtbezirke übernommen worden. Ich erinnere hier nur an die Bürgerbusvereine, an das Kunsthaus, an die Bücherstadt, an den Verein zur Förderung von Schloss Hardenberg usw. Ehrlich gesagt....in Velbert-Mitte vermisse ich solche Initiativen.

Mit der geplanten „Zentralisierung“ kann ein WIR-Gefühl auch nicht erreicht werden, glücklicherweise ist das Wort „Optimierung“ von **unserer Fraktion** geprägt worden und die Prüfung kann fortgeschrieben werden.

Wir erwarten von der Verwaltung ein Konzept, aus dem die weitere Verfahrensweise abgeleitet werden und das zu erreichende Sparziel ohne Amputationen durchgeführt werden kann.

Wie schon in meiner Haushaltsrede für den Doppelhaushalt 2012/13 erwarten wir von der Verwaltung die Optimierung der Schulpolitik, diese ständige Klein/Klein Planung kostet die Stadt viel Zeit und Geld. Nur die Einbeziehung aller Objekte kann zu einer vernünftigen Betrachtung führen. Binden Sie frühzeitig Schulleiter, Eltern und Schüler ein- machen Sie keine Politik vom grünen Tisch !!! Das kann nur misslingen.

Am 26. Februar 2013 sagten Sie, sehr geehrter der Bürgermeister, in Ihrer Haushaltsrede, dass Steuererhöhungen nur der letzte Schritt sein dürften, nachdem man alle anderen Alternativen sorgfältig geprüft und ausgeschöpft habe. Auch von Kompromissen war die Rede. Wir haben keine Alternativen oder Kompromisse entdecken können.

Die UVB-Fraktion hatte bei der Einbringung des Haushalts 12/13 den Vorschlag gemacht, die VMG abzuschaffen. Diesen Vorschlag ignoriert die Verwaltung vollständig. Auch während unserer Klausurtagung in diesem Jahr zum Nachtragshaushalt haben wir wieder die Auflösung der VMG angesprochen. Die Verwaltung hatte Prüfung zugesagt. Aber – wie schon so oft.... haben wir nichts mehr davon gehört. Wo bleibt Ihr Prüfungsergebnis, sehr geehrter Herr Bürgermeister? Ich denke, dass die Fraktionen, die mit Ihnen auf einem Sofa sitzen, das Ergebnis schon längst kennen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sie bezeichnen die Fraktionen, die dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen wollen, als **nicht verantwortungsbewusst**. Diese Aussage finden wir ungeheuerlich!

Die UVB-Fraktion lehnt eine Steuererhöhung ab. Wenn es aber gar keinen Ausweg aus der Misere gibt, hätte die UVB-Fraktion es als gerecht empfunden, wenn die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer zu gleichen Teilen, nämlich jeweils um 50% Punkte erhöht worden wäre. Dies wäre eine Maßnahme, die wieder rückgängig gemacht werden könnte, wenn das Stadtsäckel sich wieder von seiner Schwäche erholt hätte. Wie unterschiedlich und unberechenbar Steuerschätzungen ausfallen können, haben wir alle erfahren müssen. Wir können nicht im Kaffeesatz lesen. Wir wissen nicht, wie die Steuereinnahmen in Zukunft ausfallen. Vielleicht können wir ja bei einer der nächsten Haushaltsplanberatungen unsere Steuern schon wieder zurückschrauben?? Oder kann es passieren, dass wir im Jahr 2013 noch einmal einen Nachtragshaushalt aufstellen müssen?

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, wie Sie schon an unserem Abstimmungsverhalten im Finanzausschuss gesehen haben, werden wir diesem Nachtragshaushalt nicht zustimmen, weil die Verwaltung als einzigen Konsolidierungsvorschlag die Erhöhung der Grundsteuer B vorgeschlagen hat. Wir bezeichnen uns weiterhin und sehr bewusst als eine verantwortungsvolle Fraktion in diesem Stadtrat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Helmut Stiegelmeier, Vorsitzender der Fraktion SLB

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Heute müssen wir hier alle sozusagen Nachsitzen, weil wir wieder einmal die Finanzen der Stadt Velbert nicht in den Griff bekommen, jedoch lese ich im Super Tipp die Aussage von Herrn Bolz.

Zitat: „Die CDU Fraktion ist zu Recht stolz darauf, dass es uns als stärkste Fraktion auch dieses Mal gelingt unsere Haushaltsverantwortung in die Tat umzusetzen.“ Zitat Ende

Herr Bolz, ich kann da keineswegs Stolz auf unsere heutige Situation sein und mir stellt sich die Frage: „Wie kann man nur so realitätsfremd sein?“

Seit mehr als 6 Jahren liegt die Stadt Velbert wirtschaftlich und finanziell auf der Intensivstation, obwohl immer mehr Geld in die Haushaltskasse fließt!

2006 waren es ca. 148 Mio. und sie stiegen bis 2012 sogar auf über 180 Mio. Euro. In Ihrer selbsternannten Haushaltsverantwortung, gibt man im Gegenzug immer mehr Geld aus. Dies zieht sich wie ein roter Faden von Jahr zu Jahr bis heute durch den Velberter Haushalt und darauf ist die CDU stolz?

Bezüglich der Gewerbesteuer geben Sie in der Presse ein noch traurigeres Bild ab, denn die mehrmalige Ermahnung von „Velbert Anders“ und uns der „SLB Fraktion“ diese Gewerbesteuer moderater zur Planung anzusetzen, und dementsprechend haushaltsmäßiger zu wirtschaften, wurde einfach von der CDU mit der restlichen Ratsmehrheit mitunter ironisch ignoriert.

Deshalb steht uns heute sprichwörtlich „das Wasser bis zum Hals“ und wir sind gezwungen mit einem Nachtragshaushalt die fehlenden 6 Mio. Euro *nachzujustieren*.

Die uns dazu vorliegende Verwaltungsvorlage ist nicht einmal das Papier wert, auf den es bedruckt wurde, denn bevor man dem Velberter Bürger mit der Erhöhung der Grundsteuer B so tief in die Tasche greift, sollte man eigentlich alle Register ziehen um dies zu verhindern.

Obwohl die kleinen Parteien und Wählergemeinschaften im Rat dem Dreigestirn aus CDU, SPD und FDP diverse Alternativen aufzeigen, blockieren diese mit einer überheblichen Arroganz.

Aus Sicht der SLB muss man die vergangenen Beschlüsse, die wir nach heutiger Situation uns einfach nicht mehr leisten können, ohne Rücksicht auf jeglicher Art von Interessen, Klientel und Wählergunst korrigieren.

Man muss nicht unbedingt den Standort des Schloss- und Beschlägemuseums in die Villa verlegen, zumal das Museum erst vor zwei Jahren im Forum saniert wurde. Hier ergibt sich ein Einsparungspotenzial von weit über 2 Mio. Euro.

Im Übrigen, da das Kaffee „Droste“ wegen des neuen Marktzentrums abgerissen werden soll, könnte Ich mir ein solches Kaffee in dieser alten Villa mit begrünter Terrasse gut vorstellen.

Die geplante Sanierung der Wehranlage des Schlosses Hardenberg ist ein weiteres kostenintensives Projekt. Was spricht eigentlich dagegen, den Velberter Bürgern ca. 1 Mio. Euro Mehrbelastung im Jahr zu ersparen, wenn wir auf die Sanierung einer maroden schrottreifen Wehranlage verzichten!

Fragen Sie doch einmal die Eltern und Bürger in Velbert, was für sie wichtiger wäre Herr SPD Fraktionsvorsitzender Böll-Schlereth. Auf diese Antwort wäre Ich sehr gespannt!

Ich glaube, danach müssten Sie Ihre jetzige Meinung ändern und als neuer Mann in der ersten Reihe der SPD, würden Sie endlich mal die SPD aus dem Schatten der CDU bringen und etwas Eigenprofil zeigen!

Da der Zustand des Schlosses Hardenberg zurzeit provisorischen stabilisiert ist, unterstützen wir, laut Vorlage 185/13, den Abschluss am Herrenhaus noch durchzuführen.

Bei einer Auflösung der VMG zum nächstmöglichen Zeitpunkt und Überführung einiger Mitarbeiter in die Wifö, in der sie ihre Aufgaben weiter durchführen könnten, würde man eine Einsparung von über 180.000 € erzielen. Diesen Schritt hätte man in der freien Wirtschaft schon lange umgesetzt, aber hier im Rat fehlt es an mehrheitlichem Mut dies umzusetzen!

Auch Fraktionszuwendungen könnten um 7 % gekürzt werden wobei die Übernachtungskosten bei Klausurtagungen generell gestrichen werden sollten. Die hier geschätzten Einsparungen betragen immerhin über 30.000 Euro.

Eine moderate Erhöhung der Grundsteuer „A“ um 40 Punkte würde einen weiteren Ertrag von ca. 12.000 € bringen. Hier bin ich anderer Meinung als Frau Becker von der SPD, die meint, dass solche Beträge wenig Einsparpotenzial aufweisen und deshalb darauf verzichtet werden soll.

Wir von der SLB sind der Meinung, das noch etliche Summen eingespart werden können. Es sind zwar kleine Beträge, aber die Masse macht es. Hier einige Beispiele:

Die Rücknahme des Beschlusses ein Denkmal in Neviges umzusiedeln, und dies nur das es mehr Beachtung findet, ergäbe eine Kostenersparnis von 17.000 Euro.

Das Schloss- und Beschlägemuseum könnte nur noch an drei Tagen in der Woche geöffnet sein, da der Zustrom eh sehr gering ist.

Eine Unterstützung an den Verein Schlüsselregion eV in Höhe von 10.000,- Euro könnte entfallen.

Deshalb sollte man auch die Vorschläge für Sparmaßnahmen die für den HSK 2012 /13 mehrheitlich abgelehnt wurden nochmals prüfen, auch wenn es viel Arbeit bedeutet. All diese Maßnahmen helfen dem Schuldenabbau und sind somit Schritte zur Entlastung der Bürger.

Wir von der SLB sind der Meinung, dass zuerst solche Maßnahmen greifen sollen und erst danach evtl. verbleibende Lücken mit einer moderaten Erhöhung der Grundsteuer B über den Nachtragshaushalt zu deckeln.

Erinnern Sie sich noch an die letzte Ratssitzung? Da hatten wir die Möglichkeit, durch eine Reduzierung des Rates ein überzeugendes Signal an unsere Bürger zu senden, wie es mit unserem eigenen Sparwillen aussieht.

Da das Einsparpotential ausgerechnet von den meisten kleineren Fraktionen und der SLB Fraktion erkannt wurde, stimmten diese für die Verkleinerung des Rates. Leider wurde dieses Argument von der CDU- SPD und der Linken abgeschmettert.

Meine Damen und Herren,

egal, ob man für oder gegen das Projekt Marktzentrum ist, das ausgehandelte Ergebnis der Verwaltung gegenüber dem Großinvestors, war in unseren Augen mehr als unbefriedigend.

In Anbetracht des gewonnenen Bürgerbegehrens die Villa zu erhalten, hatte der Investor planerische Probleme mit seiner Parkplatzauffahrt.

Als kleinster möglicher Nenner wäre aus Sicht der "SLB" gewesen, wenn man durch diese veränderte Situation dem Investor das Parkhaus zum Buchkaufwert angeboten hätte. Man hat da auf der ganzen Linie versagt.

So hätte man der Stadt Velbert Kosten in Millionenhöhe erspart. Jetzt kostet der Abriss des Parkhauses uns ca. 2 Mio. Euro und danach werden für den Neubau des Parkhauses Oststr. 6 Mio. € veranschlagt! Ob diese Summe im Endeffekt ausreicht wissen wir heute noch nicht. Durch Miteinbeziehung der Tochtergesellschaften der Stadt wird bei etlichen Großprojekten das Spiel „linke Tasche rechte Tasche durch Umbuchungen vollzogen und das als baugünstiger oder sogar als kostenneutral für den Velberter Bürgern verkauft.

Auch hat man in den vergangenen Jahren viel zu viel geförderte Projekte in Angriff genommen, weil einerseits Klientelpolitik betrieben wurde und andererseits man keine Wähler verprellen wollte. Das Problem bekommen wir jetzt z.B. beim Schloss Hardenberg zu spüren. Denn da, wo zwar Subventionen seitens des Landes oder Bundes vorliegen, wird die Stadt oft in die Pflicht genommen, immer noch einen gewissen Anteil selbst tragen zu müssen. Mit dieser Art Finanzierung im gesamten Überblick, haben wir uns finanziell jedoch total übernommen. Ein „Nein“ wäre nach Meinung der SLB manchmal richtiger gewesen.

Das Thema Einkaufszentrum ist das perfekte Beispiel um aufzuzeigen, wie konzeptlos bürgerfern und dreist hier in Velbert Politik gemacht wird.

Man erhöhte vor Jahren die Grundsteuer B - die jeden Bürger finanziell belastet- und im Gegenzug bekommen Großinvestoren weit überzogene Unterstützung in Form von diversen Vergünstigungen z.B. preiswerte Grundstücke, kostenlos erbrachte Leistungen, Leistungszusagen und sogar Aufträge von der Verwaltung, nur um ein Projekt mit Gewalt durchzuziehen.

Dies hat uns Kosten verursacht!

Der CDU Vorsitzender Herr Bolz erklärt in seiner Rede zum Haushaltsplan 2010/11 den Velberter Bürgern Zitat:

„Wir haben uns die Entscheidung über die Erhöhung der Grundsteuer B nicht leicht gemacht, ganz im Gegenteil. Die CDU Fraktion kann dem Vorschlag der Verwaltung nur zustimmen, sofern diese Erhöhung zeitlich befristet ist.“ Zitat Ende

Wir von der SLB Fraktion finden das als eine sehr interessante Äußerung, denn zwei Jahre später möchte die CDU als stärkste Fraktion wieder die Bürger mit einer Erhöhung der Grundsteuer B beglücken .

Daran können Sie die wirtschaftliche und fachliche Kompetenz der CDU erkennen oder hab ich da was falsch verstanden?

Als Höhepunkt verkündigt Herr Bolz 2012/2013 bei „Wir bewegen Velbert.“ den Bürgern Velbert Zitat:

„Unser Ziel weiter Sparpotentiale auszuschöpfen und trotzdem unsere Stadt nicht „kaputt“ zu sparen sondern Lebenswert zu erhalten ist, so glaube ich, wenn auch der Eine oder Andere Betroffene dies anders sehen wird, gelungen.“ Zitat Ende

Ich frag Sie Herr Bolz, warum lehnen Sie dann etliche Sparvorschläge, die von der SLB Fraktion und von anderen Mitstreitern genannt werden ab? Wo bleibt da Ihre Verantwortung! Den mit Ihrer Erhöhung der Grundsteuer B schmälern Sie gerade die Lebensqualität der Bürger Velberts. Nun wird der Bürger zwei Mal bestraft, einmal durch die Steuererhöhung und das zweite Mal durch den gleichzeitigen Abbau von städtischen Leistungen!

Meine Damen und Herren,

es zeigt uns auf, dass die stärkste Ratsfraktion CDU in die Jahre gekommen ist. Ich vermisse da Personen bei der CDU, wie Hajo Wagner, der wirtschaftliches Grundverständnis und Weitsicht besaß.

Dafür dürfen Sie, die heimlichen große Koalition aus CDU – SPD, in dieser Legislaturperiode mit den „Ja“ Sagern der FDP sich in die Velberter Geschichte eingehen als die Einheit die

„Die Stadt Velbert Leistungsmäßig, wirtschaftlich, finanziell auf die Intensivstation gebracht zu haben,,.

Für die SLB Fraktion sind die vorliegenden Vorschläge unakzeptabel und wir lehnen daher den Nachtragshaushalt ab!

Zum Schluss möchte ich mich noch mal für die angenehme Zusammenarbeit mit der Verwaltung bedanken.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

Dieter Stoschek, fraktionsloses Ratsmitglied

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren.

Fünf Minuten. Redezeit: Ich bin dankbar, für diese Möglichkeit auch wenn es eben nur diese fünf Minuten sind.

Als Vorteil sehe ich es auch an, dass ich als fraktionsloses Mitglied dieses Rates, meinen Gedanken freien Lauf lassen kann und keinerlei Zwängen unterliege.

Auch wenn dies nur mittelbar mit dem Nachtragshaushalt im Zusammenhang steht, möchte ich doch das Eine und das Andere hinterfragen.

Zum Beispiel.

War es politisch richtig oder nicht richtig, die Zustimmung zu geben, 20 Millionen in ein Gebäude (Bürgerhaus Langenberg) zu investieren, zu welchem Zweck, weiß wohl keiner, aber den Bürgerinnen und Bürgern und besonders den Kindern gleichzeitig Lebensqualität zu nehmen, nur weil man nicht bereit war, einen Bruchteil der 20 Millionen in ein Freibad zu investieren. Nun werden sie sagen, dass sind Äpfel mit Birnen verglichen. Das mag ja stimmen. Aber es war eine politische Entscheidung und die ging eindeutig am Bürger vorbei.

So frage ich zum Beispiel:

Ist, bzw. war es politisch richtig oder nicht richtig, ebenso viele Millionen in ein marodes, ja baufälliges Schloss Hardenberg und der mit Ammoniak verseuchten Vorburg, die ihnen unter der Hand wegfault, weil sie eben nach meinem Kenntnisstand nicht so saniert wurde und jetzt auch nicht wird, wie es eigentlich auf Grund der Belastung sein müsste, zu investieren. Mit abenteuerlichen Nutzungskonzepten und unübersehbaren Folgekosten, die allein wieder und ausschließlich dem Steuerzahler obliegen. Nur um ein paar Kulturfreunde und Prestige - Politiker glücklich zu machen. Den Charakter dieses zweifellos historischen Bauwerkes hätte man eventuell auch erhalten können, durch eine andere Vorgehensweise. z. B. durch gezielten Abriss des Herrenhauses und anschließender Illumination der dann entstandenen Ruine . Mit einer familienfreundlichen und vor allen einer verweilfreundlichen Gestaltung des anliegenden Areals unter Einbeziehung der Türme und eventuell der Wehrmauern hätte man ein Ausflugsziel für Familien mit und ohne Kinder entstehen lassen können.

Denkmal hin, Denkmal her. Ich glaube, dass keine Stadt gezwungen werden kann Geld zu verbrennen. Dies ist aber nach meiner Überzeugung bei beiden Projekten (Bürgerhaus Langenberg und Schloss - Vorburg der Fall. Nur leider scheint hier das Kind im Brunnen schon ertrunken zu sein. Fördergelder (sind das eigentlich keine Steuergelder) sind geflossen und der Eigenanteil, ist verbraten.

Ich erlaube mir weiter zu hinterfragen.

Ist es richtig oder nicht richtig, ein Sportzentrum dieses Ausmaßes zu Erstellen? Wobei, und das ist schon fast makaber, der eigentliche Auslöser dieser ganzen Geschichte nämlich das Fußballstadion auch noch auf der Strecke bleiben könnte. Dafür wird aber für eine handvoll Leichtathleten ein hoher siebenstelliger Betrag investiert. Mit Fertigstellung der A 44 werden, wenn es sie denn geben sollte, mögliche Talente in 15 Minuten in Leverkusen und in 20 Minuten in Köln sein. Dort wo für Leichtathleten die Musik spielt

Des Weiteren ist immer die VMG ein Thema. Wie lange, will man das Forum Niederberg noch mit Steuergeldern subventionieren usw. usw.

Aber dies diskutiert man lieber nicht, man könnte ja unter Umständen die eigene Klientel verärgern Warum sollte man dies riskieren. Man hat ja zur Not immer noch die melke Kuh, sprich den Steuerzahler und damit sind wir auch beim Thema

Sehr geehrte Damen und Herren,

Man hat sich bei den Prognosen, trotz eindringlicher Warnung um über 6 Millionen verschätzt. Oder hat man sich etwa gar nicht verschätzt? Hat man die Politik nur mit sanftem

Druck in die Spur geschoben? Ich könnte natürlich auch direkter Fragen: Hat man die Politik einfach nur veräppelt? In dem man das Gewerbesteueraufkommen vielleicht ganz bewusst zuerst zu niedrig angesetzt hat, um den Sparkatalog in der Politik durchzupeitschen und dann wieder zu hoch angesetzt hat um genau das bei der Politik zu erreichen, was man erreichen wollte, nämlich die Grundsteuer B kräftig, viel kräftiger zu erhöhen als es angedacht war ohne auf nennenswerten Widerstand bei der Mehrheit des Rates zu stoßen. Ist ja scheinbar auch gelungen. Denken sie meine sehr geehrten Damen und Herren doch mal darüber nach. Ich jedenfalls, könnte mich mit diesem Gedanken, dass es so gewesen sein könnte anfreunden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
es wäre aber fahrlässig, nicht darauf hinzuweisen, dass die Hauptverursacher der klammen Kommunen in Berlin und in Düsseldorf sitzen. Es reicht leider die Zeit nicht, ausgiebig darüber zu reden. Nur ein Beispiel : die durchschnittlichen Ausgaben einer Kommune für Soziale Aufgaben, die ihr vom Bund oder Land übertragen wurden, liegen bei über 27 % Die Verbandsquote liegt bei 23 % Vom Verlust, kann man nun einmal schlecht leben. Sie lag mal bei 28, %

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
Stärkungspakt Stadtfinanzen oder wie diese Mogelpackung der rot – grünen Landesregierung auch immer genannt wird, entpuppt sich in allen Kommunen die sich voreilig hieran beteiligt haben, immer mehr als Schwächungspakt für die Bürgerinnen und Bürger. Ich habe dies damals mit den Worten abgelehnt „ Nur wer seine Schuhe selbst bezahlt, steht auf eigenen Füßen“ Ich bin mir gar nicht mehr sicher, ob ich nicht der Einzige war der abgelehnt hat

Mir jedenfalls war klar, dass die Voraussetzungen für die Aufnahme in diesen Pakt, der Stadt unerträgliche Fußfesseln anlegen werden. Die letztendlich nur durch massive Steuererhöhungen wieder gelockert werden können. Warum ?

Weil es vorauszusehen war, dass das Sparpaket niemals so durch und umgesetzt wird, wie es ursprünglich konstruiert wurde. Im Zuge der eigenen Klientelpolitik von CDU und SPD war eine Aufweichung von vorne herein äußerst wahrscheinlich. Das einzige was zu 100 % Bestand haben würde und nun ja auch durchgezogen wird, war die erneute Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch Steuererhöhungen.

Welche Steuer am besten geeignet sowie die sicherste und schnellste Einnahmequelle darstellt, das war schnell klar. Die Grundsteuer B Wir haben es ja letztendlich mit einem intelligentem Bürgermeister und einem intelligentem Kämmerer zu tun. Wobei hier leider aber wieder einmal sehr deutlich wird, dass Intelligenz nicht mit Klugheit zu verwechseln ist. Denn für eine Stadt wie Velbert mit ihrer ausgeprägten Monostruktur und damit einer hohen Unsicherheitsquote bei Konjunkturschwankungen, sind Steuererhöhungen jeglicher Art nicht klug, sondern saudumm und mit hoher Wahrscheinlichkeit sogar Standortschädlich.

Die CDU nennt die Erhöhung der Grundsteuer B die einzig gerechte Steuer, weil sie alle trifft.

So eine Aussage, ist schwer nachzuvollziehen und dass Teile der FDP dies auch noch nachplappert, macht die Sache auch nicht besser.

Sehr geehrter Herr Bolz, was sie gerecht nennen, nenne ich Sippenhaft und die ist nach meinem Kenntnisstand immer noch verboten.

Aber das ist ja bei weitem nicht der Worst Case.

Der Worst Case für alle Grundbesitzer ist die Begründung des Verwaltungsgerichtes Gelsenkirchen mit dem es Klagen einiger Bürger gegen eine Verdoppelung der Grundsteuer B abgewiesen hat. Das Gericht führt aus: selbst eine Verdoppelung stellt keine unzumutbare Belastung dar. Erst wenn ein durchschnittlicher Grundbesitzer seinen Besitz verkaufen müsste um die Steuer zu entrichten würde eine Erdrosselung stattfinden. Dreckiger und zynischer geht nicht. Von kleiner Rente und dem Häuschen als Altersversorgung, haben diese Fuzzys wahrscheinlich noch nie etwas gehört. Dieses Urteil ist natürlich ein Freifahrtsticket für alle Kommunen und kann zu einem Dambruch bei der Grundsteuer B führen

Stoppen, kann diesen Wahnsinn nur die Politik in den Kommunen. Ich kann nur alle Bürgerinnen und Bürger auffordern nach § 24 Gemeindeordnung die Beschwerden zu artikulieren und die Politik damit zu bombardieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich komme noch einmal zurück auf unseren Bürgermeister und auf unseren Kämmerer bzw. auf ihre Argumentation, warum man auf keinen Fall die Gewerbesteuer anfassen solle, Man wolle den Wirtschaftsstandort Velbert schützen und damit die Arbeitsplätze. Hört sich doch gut an oder? Ein wenig Valium für CDU und FDP die sich natürlich sofort dieser Argumentation anschlossen.

Ich weiß nur leider bis heute noch nicht, welches Zückerchen die SPD bekommen hat, damit sie noch ihre Füße stillhält.

Ich sprach von der zweifellos vorhandenen Intelligenz:

Deshalb ist meine Wahrnehmung eine völlig Andere. 1. Beide Herren wissen genau: Sie bringt kurzfristig nichts und 2. ist sie viel zu unsicher und deshalb, wird man diese Sau erst im zweiten Schritt durch das Dorf jagen. Aber sie wird mit absoluter Sicherheit kommen. Warum ? Ganz einfach, die Sozialdemokraten können sich das langfristig gegenüber ihrer Wählerschaft gar nicht erlauben darauf zu verzichten

Denn, wenn das Thema Steuererhöhung dann mal auf dem Tisch ist, folgt postwendend der pawlowsche Reflex bei den Linken und den Sozialdemokraten: Erhöhung der „Gewerbesteuer“. Leider wird dann bewusst oder unbewusst mit Halbwahrheiten argumentiert nur um die Neiddebatte zu befeuern

Dabei, meine sehr geehrten Damen und Herren, nehme ich die Linken nicht so ernst. Deren kommunistische Erbanlagen und die Erfolgsstory ihrer Vorgängerpartei konnte ja 40 Jahre bewundert werden. Sie aber sehr geehrte Damen und Herren von den Sozialdemokraten, sie nehme ich sehr ernst.

Denn die SPD ist nicht nur die Partei von Willy Brand, nein auch Helmut Schmidt und ein Karl Schiller haben mit hoher wirtschaftspolitischer Kompetenz diese große Partei geprägt.

Daher darf man Ihnen unterstellen, dass sie es besser wissen. Sie wissen genau, dass sie keinem Gehaltsempfänger helfen in dem sie den Gehaltszahler schwächen. Sie wissen genau dass seit der Unternehmenssteuerreform 2008 es sich kein Unternehmen mehr erlauben kann den Standortfaktor Gewerbesteuer zu vernachlässigen. Das gilt für die Personengesellschaften ebenso, wie es für die Kapitalgesellschaften in noch höherem Maße gilt. Sie wissen ganz genau , dass sie, wie schon erwähnt mit der Erhöhung des Hebesatzes die Belastung der Unternehmen zwar sofort erhöhen ohne dabei aber sicher sein zu können, dass sich dies auch im Säckel des Kämmerers niederschlägt. Deshalb meine sehr geehrten Damen und Herren von den Sozialdemokraten und den Grünen sind alle Rechenbeispiele die sie hier anstellen lediglich Milchmädchen - Rechnungen aber leider ohne Milchmädchen Ich würde Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD gerne an hand von Beispielen versuchen zu erklären wie falsch ihr Argument von den starken Schultern , die sie gerne noch stärker belasten möchten, ist auch wenn sie dies immer und immer wiederholen. Aber 5 Minuten sind nun einmal nur 300 sek.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von den etablierten Parteien:“ Lassen sie endlich die Finger aus den Taschen der Bürgerinnen und Bürgern“ Abraham Lincoln hat einmal folgendes gesagt: ich zitiere „ Man hilft keinem Menschen, wenn man für ihn das tut, was er selber tun könnte „ Zitat Ende. Sie beklagen, dass dieser Rat so bunt ist. Sie wollen aber leider nicht begreifen bzw. erkennen, dass es Ihre Politik war und ist, die zu diesen Wahlergebnissen und damit letztendlich zu dieser Zusammensetzung des Rates geführt hat. Ändern, wollen Sie aber die Art und Weise ihrer Politik nicht, daher sollten sie sich auch nicht wundern, wenn es sich 1. nicht ändert und 2. noch schlimmer kommen könnte.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren

Selbstverständlich, danke auch ich den Damen und Herren der Kämmerei für die geleistete Arbeit. Die ich aber nicht positiv begleiten werde. Dies hat nur einen Grund und den habe ich, wie ich hoffe, deutlich zum Ausdruck gebracht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.